

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2014

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	Besuch des Parlamentarierkomitees der EFTA-Länder vom 16. bis 21. Februar 2014 in Singapur und Malaysia.....	4
4.	42. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 25. bis 27. März 2014 in Reykjavik	6
5.	108. CMP- und 75. MPS-Meeting, 50. EFTA-Ministertreffen und 15. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 23. und 24. Juni 2014 auf den Westmännerinseln, Island	8
6.	109. CMP- und 76. MPS-Meeting sowie 51. EFTA-Ministertreffen am 17. November 2014 in Genf.....	9
7.	EWR/EFTA-Parlamentariertreffen am 18. und 19. November 2014 in Brüssel	11
8.	MPS-Büro Meeting am 19. November 2014 in Brüssel	12
9.	6. Treffen der EWR/EFTA-Aussenministern mit dem Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee am 19. November 2014 in Brüssel	12
10.	43. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 17. Dezember 2014 in Strassburg.....	13
11.	Zusammenarbeit.....	15
12.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	15
13.	Schlusswort und Antrag	15

Anhang:

- Resolution on Single Market Governance (26.03.2014)
- Resolution on Energy and Climate 2030 (26.03.2014)
- Resolution on The Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2013 (17.12.2014)
- Resolution on the follow-up to the Climate and Energy Policy Framework 2030 (17.12.2014)

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2014 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt üblicherweise viermal jährlich zusammen. Zusätzlich trifft es zweimal jährlich den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Zusätzlich findet seit 2011 ein jährliches Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt (Liechtenstein hat vorerst beschlossen, sich nicht an diesem Forum zu beteiligen). Norwegen ist in diesem Komitee mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaustausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt durchschnittlich zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Infolge der Demission des Landtagspräsidenten Albert Frick als Leiter der Delegation, musste der Landtag an seiner Eröffnungssitzung vom 27. Februar 2014 ein neues Mitglied in die Delegation wählen. Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Landtagspräsident Albert Frick, Delegationsleiter bis 27.02.2014
- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter ab 27.02.2014
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. Besuch des Parlamentarierkomitees der EFTA-Länder vom 16. bis 21. Februar 2014 in Singapur und Malaysia

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Besuch durch den Landtagspräsidenten Albert Frick (Delegationsleiter), den Abgeordneten Harry Quaderer und die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil. Ebenfalls waren der Vorsitzende und die Vize-Vorsitzende des EFTA-Konsultativkomitees als Beobachter anwesend.

Ziel des Besuchs

Das Hauptziel des Besuchs war, die Vorteile eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Malaysia mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensgruppen zu erörtern. Ebenfalls stand die Unterstützung zu den Vorbereitungen für die erste Runde der Verhandlungen im März 2014 im Vordergrund.

Gleichzeitig wurde die Gelegenheit genutzt, sich mit Vertretern des Parlaments und der Regierung in Singapur über die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre mit dem Freihandelsabkommen der zweiten Generation auszutauschen.

Singapur, 16. - 17. Februar 2014

In Singapur traf sich die Parlamentarierdelegation mit Delegierten des Parlaments und dem Minister für Internationalen Handel und Industrie. Das Freihandelsabkommen zwischen Singapur und der EFTA trat im Januar 2003 in Kraft und war eines der ersten Abkommen zwischen Partnern aus Europa und Ostasien.

Der Minister für Internationalen Handel und Industrie zeigte sich beim Gespräch sehr zufrieden mit dem Freihandelsabkommen. Er unterstrich, dass sich das Handelsvolumen im bestehenden Rahmen äusserst positiv entwickelt habe. Eine Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens zur Stärkung der Handelsbeziehungen würde begrüsst, sofern die EFTA-Staaten einer Steuer auf Investitionen in Immobilien in Singapur zustimmen.

Kuala Lumpur, Malaysia, 18. – 21. Februar 2014

In Kuala Lumpur fanden Treffen mit Vertretern des Parlaments, dem Minister für Internationalen Handel und Industrie und der Malaysischen Industrie- und Handelskammer statt.

Der Gesamteindruck der verschiedenen Gespräche in Kuala Lumpur war positiv. Sowohl die Mitglieder des Parlaments als auch der Minister für Internationalen Handel und Industrie unterstrichen, dass Malaysia, um seine ehrgeizigen Wachstumsziele erfüllen zu können, sehr auf Handel angewiesen sei. Weiter wurde ausgeführt, dass Malaysia keine unüberwindbaren Differenzen bei den anstehenden Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit der EFTA erwarte. Diskussionsbedarf bestehe bei den Themen geistige Eigentumsrechte, öffentliches Beschaffungswesen, Finanzdienstleistungen und Umwelt.

Beim Gespräch mit Vertretern des Malaysischen Parlaments erklärten diese, dass die Diskussionen mit der EU über Umweltschutz und Gesundheitsprävention im Palmöl-Sektor zu Bedenken auf malaysischer Seite geführt hätte, da Palmöl ein sehr wichtiger Exportartikel sei.

Der Minister für Internationalen Handel und Industrie betonte in seinen Ausführungen, dass die Korruption ein grosses Problem in Malaysia darstelle und sich die Regierung der Lösung dieses Problems angenommen habe.

Fazit

Bei den verschiedenen Gesprächen wurde klar, dass Singapur wie auch Malaysia Wert auf Handelsabkommen mit regionalen Partnern wie der Transpazifischen strategischen wirtschaftlichen Partnerschaft legen. Diese Prozesse werden komplementär zu der Welthandelsorganisation (WTO) gesehen

Aus Sicht der EFTA-Parlamentarierdelegation trugen die verschiedenen Gespräche positiv zur politischen Unterstützung für die anstehenden Verhandlungen mit Malaysia sowie für die möglichen Verhandlungen zur Weiterentwicklung des aktuellen Freihandelsabkommens mit Singapur bei.

Die Treffen in beiden Ländern zeigten auf, dass die EFTA ein wichtiger Handelspartner ist und Potential zur Stärkung der Handelsbeziehungen, vor allem in Malaysia, vorliegt.

4. 42. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 25. bis 27. März 2014 in Reykjavik

Delegationen

Am 42. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter), Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus Island und Norwegen teil. Parlamentarier der Schweiz waren als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten Abgeordnete aus dem Vereinigten Königreich, Island und Tschechien begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 42. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees wurden die Teilnehmer über die Entwicklungen des EWR-Abkommens sowie die Umsetzungen der Beschlüsse des letzten Meetings informiert. Botschafter Antonios Vlavianos informierte, dass der Beitritt Kroatiens zum EWR-Abkommen bald abgeschlossen werden könne. Weitere Ausführungen machte er zu den Beziehungen der EU zu Island (EU-Beitrittsverhandlungen on hold) sowie zu Norwegen (Handel mit Agrarprodukten). Auch der nächste Redner Niels Engelschion ging auf das neue EWR-Abkommen mit Kroatien ein. Er betonte die Wichtigkeit von gemeinsamen Regeln in sämtlichen 31 EWR-Mitgliedsstaaten. Der Präsident des EEA Joint Committee Gianluca Grippa ging in seinen Ausführungen auf die Übernahme und Umsetzung der EU-Rechtsakte, besonders in den EWR-Staaten, ein. Auch die Präsidentin der EFTA-Überwachungsbehörde Oda Helen Sletnes ging auf den Rückstand von EU-Rechtsakten, die noch nicht in das EWR-Abkommen übernommen wurden, ein.

Bericht «Single Market Governance»

Der Binnenmarkt kann als Herzstück der europäischen Integration wie auch der Zusammenarbeit im EWR bezeichnet werden. Durch den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital hat der Binnenmarkt die Bürger und Unternehmen gleichermaßen profitieren lassen. Als Voraussetzung für diese Vorteile ist die zeitnahe Umsetzung des Binnenmarktrechts in nationales Recht sowie die korrekte Durchsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften zwingend. Obwohl hierbei Verbesserungen stattgefunden haben, zeigt die aktuelle Situation aber auf, dass es Raum für weitere Verbesserungen sowohl in der EU als auch im EWR gibt.

Aus dem Bericht gehen u.a. folgende Implikationen für den EWR hervor:

(1) Sowohl die EU-Mitgliedsstaaten als auch die EWR/EFTA-Staaten müssen weitere Anstrengungen zur Umsetzung und Durchsetzung des Binnenmarktrechts vornehmen.

(2) Die EWR-Partner sollten weiterhin die Homogenität des Binnenmarkts sicherstellen, indem die Zeitperiode zwischen der Verabschiedung eines Rechtsakts in der EU bis zur Implementierung im EWR-Abkommen möglichst kurz gehalten wird.

Die Resolution (Beilage) wurde einstimmig angenommen.

Bericht «Energy and Climate 2030»

Die europäische Debatte über ein 2030 Konzept zur Energie- und Klimapolitik findet im Rahmen einer schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte und Veränderungen in den globalen Energiemärkten, vor allem durch die Produktion von Schiefergas in den USA und der steigenden Energienachfrage in Asien, statt. Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Energiepreise haben weiter an Bedeutung gewonnen und sind nun prominent auf der europäischen Agenda vertreten.

Die Bewältigung der Herausforderungen in diesem Bereich erfordert die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene - auch mit den Nachbarländern. Der jüngste Vorschlag der Europäischen Kommission für ein 2030 Konzept zur Energie- und Klimapolitik, ist auch von direkter Bedeutung für den EWR/EFTA-Raum und die Schweiz aufgrund ihrer starken Integration in den Energiebinnenmarkt und die Ausrichtung der nationalen Klima- und energiepolitischen Ziele der EU.

Der Bericht schlägt u.a. vor, den Punkt «Energy and Climate towards 2030» für die Jahre 2014 und 2015 als dauernden Tagesordnungspunkt auf die Agenda des Komitees zu setzen und den Diskussionen in den EU-Institutionen zum vorgeschlagenen Konzept mit besonderem Augenmerk auf EWR-Relevanz zu folgen.

Die Resolution (Beilage) wurde einstimmig angenommen.

Beziehungen EU-Schweiz

Die Schweizerische Delegation informierte über die am 9. Februar 2014 stattgefundenen Volksabstimmung zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» welche vom Volk mit 50.3% angenommen wurde. Die Schweiz hat nun drei Jahre Zeit, die betroffenen Verträge neu zu verhandeln.

Nachhaltige Meeresumwelt

Ein Mitglied des EU-Parlaments machte Ausführungen zu der sogenannten «Blue Growth Initiative» der Europäischen Union. Dabei handelt es sich um fünf Bereiche (Blaue Energie, Aquakultur, Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus, Meeresbodenschätze und Blaue Biotechnologie), in denen zusätzliche Massnahmen auf EU-Ebene, im Einklang mit den Zielen der Strategie Europa 2020, Anreize für langfristiges Wachstum und für Beschäftigung in der blauen Wirtschaft schaffen könnten.

Wirtschafts- und Finanzkrise & Bankenunion

Die Delegationen wurden über die neu geschaffenen «Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (ESA)» informiert. Dabei handelt es sich um die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sowie die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung. Der Liechtensteinische Delegationsleiter Elfried Hasler machte in diesem Zusammenhang Ausführungen aus der Sicht Liechtensteins und

betonte, dass eine gemeinsame Lösung zur schnellstmöglichen Implementierung in das EWR-Abkommen gefunden werden müsse. Dabei müsse eine solche Lösung nicht nur die Verfassungsfragen auf der EFTA-Seite beinhalten, sondern auch eine homogene Finanzaufsicht im gesamten EWR-Raum garantieren. Für Liechtensteins Finanzdienstleister sei der Marktzugang zum europäischen Binnenmarkt von grosser Bedeutung.

Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Ein Mitglied des EU-Parlaments machte Ausführungen zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Es könne als eines der bedeutendsten jemals verhandelten Freihandelsabkommen bezeichnet werden. Ebenso würde es grosse Auswirkungen auf die EU und die EFTA haben.

Zukünftige Arbeit des EEA JPC

Als nächste mögliche Themen für die Arbeit des Komitees wurden diskutiert: Energie und Klima inklusive Transport und Energiesparen, Entwicklung der Zusammenarbeit von EU und Mikrostaaten, die Rolle der nationalen Parlamente nach 2009, Datenschutz, öffentliches Beschaffungswesen, Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission.

5. 108. CMP- und 75. MPS-Meeting, 50. EFTA-Ministertreffen und 15. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 23. und 24. Juni 2014 auf den Westmännerinseln, Island

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister und die Vertreter der Sozialpartner der EFTA-Staaten anwesend.

108. CMP- und 75. MPS-Meeting am 23. Juni 2014

Das Komitee wurde über die neusten Entwicklungen im EWR informiert. Aufgrund der hohen Anzahl an noch nicht umgesetzten EU-Rechtsakten tritt im September 2014 ein neues Verfahren zur Effizienzsteigerung in Kraft. In der anschliessenden Diskussion betonte Liechtenstein, dass die Übernahme der EU-Finanzmarktaufsichtsgesetzgebung für Liechtenstein sehr grosse Bedeutung habe. In diesem Zusammenhang zeigte jede Delegation ihren Ablauf zur Umsetzung von EU-Rechtsakten in nationales Recht auf.

Beim «Round-Table Gespräch» über die politischen Entwicklung in den EFTA-Staaten stand einmal mehr die von der Schweiz angenommene Volksinitiative «Ge-

gen Masseneinwanderung» im Mittelpunkt. Liechtenstein legte dabei dar, dass eine vernünftige Umsetzung der Volksinitiative auch für Liechtenstein sehr wichtig sei.

50. EFTA-Ministertreffen am 23. Juni 2014

Beim alljährlichen Treffen mit den EFTA-Ministern hatte der isländische Aussenminister Gunnar Bragi Sveinsson den Vorsitz inne. Ebenfalls anwesend waren die norwegische Handelsministerin Monica Maeland und der Schweizer Bundespräsident Johann Scheider-Ammann. Liechtenstein wurde durch Botschafter Norbert Frick vertreten.

Der Vorsitzende informierte über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Momentan unterhält die EFTA 25 Freihandelsabkommen mit 35 Staaten. Sogenannte «Joint Declaration on Cooperation» bestehen mit sechs Partnern. So fand während des Treffens eine Unterzeichnung einer solchen Zusammenarbeitserklärung mit Vertretern der Philippinen statt.

Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen finden derzeit mit Guatemala, Indien, Indonesien, Malaysia, Vietnam und den Mitgliedern der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan statt. Auf unbestimmte Zeit unterbrochen wurden die Verhandlungen mit Algerien, Honduras und Thailand. Ebenfalls Priorität hat der Ausbau bestehender Abkommen.

15. Joint-Meeting mit dem Konsultativkomitee am 23. Juni 2014

Ein weiteres Meeting fand mit den Sozialpartnern der EFTA-Staaten statt. Dabei wurden die Delegierten über die Konsequenzen und Herausforderungen eines Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) informiert. Die Teilnehmer waren sich einig, dass der Verhandlungsprozess zwischen der EU und den USA weiterhin eng verfolgt werden müsse.

6. 109. CMP- und 76. MPS-Meeting sowie 51. EFTA-Ministertreffen am 17. November 2014 in Genf

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister der EFTA-Staaten anwesend.

109. CMP- und 76. MPS-Meeting am 17. November 2014 in Genf

Beim letzten CMP/MPS-Meeting dieses Jahres standen verschiedene Traktanden zur Diskussion. Die Sitzung begann mit den Informationen der einzelnen Delegationen über die Aktivitäten in ihren Heimatländern. Die Schweizerische Delegationsleiterin

informierte das Komitee über die drei bevorstehenden landesweiten Volksabstimmungen «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)», «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» und «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)». Die Liechtensteinische Delegation informierte über das Staatsbudget 2015, die Zustimmung des Landtags zum FATCA-Abkommen sowie über die Initiative zur Senkung der Sperrklausel von 8% auf 5%.

Im Anschluss wurden die Vorsitzenden der Komitees für das Jahr 2015 gewählt. Zum Vorsitzenden des MPS Komitees wurde Elfried Hasler bestellt. Der Vorsitz des CMP Komitees fällt 2015 auf die schweizerische Delegationsleitung.

Es folgten verschiedene Präsentationen zu aktuellen Themen mit denen sich das Parlamentarierkomitee der EFTA auseinandersetzt. Said El Hachimi informiert über den Stand der Verhandlungen innerhalb der WTO. Er erklärte, dass ein Durchbruch bei der Blockade zur Verabschiedung des multilateralen Abkommens über Handels erleichterungen noch ausstehend sei. Der Stv. Generalsekretär der EFTA, Martin Zbinden, sprach über den Stand der Verhandlungen zur Aktualisierung des Freihandelsabkommen mit der Türkei, welches 1992 in Kraft getreten ist und das älteste der EFTA-Drittlandabkommen ist. Ebenfalls informiert er den Ausschuss über den EFTA-Dialog mit den Mercosur Staaten.

51. EFTA-Ministertreffen am 17. November 2014 in Genf

Das 51. EFTA-Ministertreffen präsierte der Schweizerische Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Er informierte das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Das EFTA-Netzwerk besteht derzeit aus 25 Freihandelsabkommen mit 35 Ländern und Territorien. Das Netzwerk wird von sieben gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit mit zehn Ländern ergänzt.

Seit dem letzten Treffen auf den Westmänner Inseln sind drei weitere Freihandelsabkommen in Kraft getreten; mit den zwei zentralamerikanischen Staaten Costa Rica und Panama, mit Kolumbien und mit dem Golfkooperationsrat (GCC).

Der Vorsitzende informierte weiter, dass die Verhandlungen mit Indien seit Februar 2014 ruhten, nun aber mit der neuen Regierung sobald als möglich wieder aufgenommen werden sollen. Ein baldiger Abschluss auf beiden Seiten werde angestrebt.

Ebenso könne der Verhandlungsprozess mit Indonesien in der ersten Hälfte 2015 – nach den Wahlen vom Juni 2014 – wieder aufgenommen werden. Eine nächste Verhandlungsrunde sei im Mai 2015 geplant.

Die Verhandlungen mit der Zollunion von Russland - Weissrussland - Kasachstan seien aufgrund der Situation in der Ukraine vorerst auf Eis gelegt. Man verfolge die Entwicklungen sehr genau.

Es folgte ein Austausch mit dem stellvertretenden US-Handelsdelegierten Botschafter Michael Punke. Botschafter Punke informierte die Parlamentarier und Minister über den aktuellen Stand des Verhandlungsprozesses zwischen den USA und der

Europäischen Union über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP).

7. EWR/EFTA-Parlamentariertreffen am 18. und 19. November 2014 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Informationstreffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil.

Briefing über die neue Europäische Kommission

Janis Emmanouilidis, vom Brüsseler Think-Tank «European Policy Center», informierte die Delegationen über die neue Europäische Kommission und ihre Ziele. Herr Emmanouilidis ging zuerst auf die neu geschaffene Struktur der Kommission ein und erläuterte diese. Er unterstrich die Schaffung von verschiedenen Arbeitsteams, wobei die einzelnen Kommissare unter der Leitung jeweils eines Vizepräsidenten verschiedene Themen bearbeiten. Anschliessend stellte er kurz die Prioritäten der Kommission vor. Dabei habe das Wachstum in Europa wieder anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen oberste Priorität. Weitere Ziele seien die Verwirklichung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts, der Abbau der Energieabhängigkeit und die damit verbundene Stärkung der Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern sowie die Folgen des Klimawandels zu begrenzen und Energie erschwinglich zu halten. Als weitere Ziele führte er einen freien und fairen Binnenmarkt, eine vertiefte und faire Wirtschafts- und Währungsunion, ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den USA, die Stärkung der Grundrechte, die Migrationspolitik, die internationale Bühne sowie den demokratischen Wandel an.

2030 Energie und Klima

Killian Gross, Referatsleiter Energy, informierte die Parlamentarier über die Energie- und Klimaziele, die von der Europäischen Kommission bis 2030 erreicht werden sollen. Die Ziele beinhalten eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40% gegenüber 1990 und ein Anteil von mindestens 27% erneuerbarer Energie am Verbrauch. Ebenso spielt die Energieeffizienz eine wichtige Rolle, es bestehe aber zurzeit keine konkrete Zielvorgabe. Sofern die EU ihre Zusage, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80-95% zu verringern einhalten will, müssen diese Ziele eingehalten werden.

Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)

Renita Bhaskar von der Europäischen Kommission informierte die Delegationen über die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA zum geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen. Die Verhandlungen hätten vor gut einem Jahr begonnen und es seien sieben Verhandlungsrunden abgeschlossen worden. Die Verhandlungen erwiesen sich als sehr komplex und ein Abschluss sei frühestens 2015 zu erwarten. Die Rednerin nannte als Hauptziele der Verhandlungen den Abschluss eines vernünftigen und ausgewogenen Handelsabkommens zur Abschaffung der Zölle sowie die Erzielung von Fortschritten bei der gegenseitigen Anerkennung von Produktnormen oder die Entwicklung von transatlantischen Normen.

EFTA-Gerichtshof

Gunnar Selvik, Registrar beim EFTA-Gerichtshof, berichtete über den EFTA-Gerichtshof. Der Gerichtshof wurde 1994 errichtet, um die einheitliche Anwendung des EWR-Rechts in den drei Staaten Liechtenstein, Norwegen und Island zu sichern. Somit legt der EFTA-Gerichtshof das EWR-Abkommen in den EFTA-Staaten aus, der EU-Gerichtshof hingegen ist zuständig für die Auslegung des EWR-Abkommens in den EU-Staaten. Der Gerichtshof setzt sich aus drei Richtern (Liechtenstein, Norwegen, Island) zusammen. Seinen Sitz hat er in Luxemburg. Seit seiner Errichtung wurden 221 Fälle bearbeitet. Derzeit sind 16 Fälle pendent.

8. MPS-Büro Meeting am 19. November 2014 in Brüssel

Das Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten berät einmal jährlich das eingereichte Budget der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA).

Nach der Vorstellung des Budgets durch die Präsidentin der ESA stand dieses zur Diskussion. Die liechtensteinische Delegation führte aus, dass Liechtenstein das angestrebte reale Nullwachstum für die laufenden Aktivitäten unterstütze, aber die Notwendigkeit einer einmaligen Kaufkraftanpassung von 4,76% nicht unterstützen könne. Zumal das EFTA-Sekretariat und der EFTA-Gerichtshof auf eine solche Anpassung bislang verzichtet hätten. Nach einer Diskussion verabschiedete das Komitee eine Stellungnahme zum Budget.

9. 6. Treffen der EWR/EFTA-Aussenministern mit dem Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee am 19. November 2014 in Brüssel

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Treffen durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die schweizerische Abgeordnete war

als Beobachterin anwesend. Seitens der Minister waren der norwegische Europa-minister Vidar Helgesen sowie die isländische Botschafterin bei der EU Bergdis El-lertsdottir präsent. Regierungsrätin Aurelia Frick leitete in ihrer Funktion als Vorsit-zende des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten die Sitzung. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten.

Meeting am 19. November 2014

Bereits zum sechsten Mal fand eine gemeinsame Sitzung zwischen den EWR/EFTA-Aussenministern, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativ-komitee im EFTA-Sekretariat in Brüssel statt. Dieses jährliche Treffen bietet den be-teiligten Gremien die Möglichkeit, sich über die neusten Entwicklungen im EWR auszutauschen.

Die Vorsitzende informierte die Ausschüsse über die Diskussionen im EWR-Rat zur allgemeinen Funktionsweise des EWR-Abkommens sowie über den politischen Dia-log.

In ihren Äusserungen hob sie die positiven Entwicklungen seit der letzten Sitzung des EWR-Rats im Mai hervor. Dazu zählt insbesondere die politische Einigung der Europäischen Union und der EWR/EFTA-Finanzminister zur Übernahme der Rechts-akte zu den drei Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (EBA, ESMA, EIOPA) in das EWR-Abkommen. Weiter erwähnte Regierungsrätin Frick die erfolgreichen Mass-nahmen, welche die EWR/EFTA-Staaten getroffen haben, um die ausstehenden Rechtsakte ins EWR-Abkommen zu übernehmen.

10. 43. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 17. Dezember 2014 in Strassburg

Delegation und Teilnehmer

Am 43. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter), Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechten-stein nahmen Delegation aus Island und Norwegen teil. Die Parlamentarier der Schweiz waren als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten zahl-reiche Abgeordnete aus Dänemark, Schweden, Schottland, Österreich und Ungarn begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 43. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees wurden die Teilnehmer über die allgemeinen Entwicklun-gen des EWR-Abkommens und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Dabei sprachen Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses sowie der EFTA-Überwachungsbehörde.

Jahresbericht 2013 über das Funktionieren des EWR-Abkommens

Im Beschluss zum Jahresbericht 2013 über das Funktionieren des EWR-Abkommens unterstreicht das Komitee die Wichtigkeit – sowohl für die EU als auch für die EWR/EFTA-Staaten – der zeitnahen Umsetzung der relevanten Rechtsakte in das Abkommen.

Der Beschluss begrüsst das EWR-Effizienzsteigerungsprojekt, welches im Jahr 2013 eingeführt wurde und fordert die EU und die EWR/EFTA-Staaten auf, eine Lösung zur Umsetzung der seit längerem ausstehenden Rechtsakte zu finden. Der Beschluss bedauert das zunehmende Umsetzungsdefizit der EWR/EFTA-Staaten 2013 und unterstreicht, dass die fristgerechte Umsetzung essenziell für die Einheitlichkeit des Binnenmarkts ist.

Die Resolution (Beilage) wurde einstimmig angenommen.

Bericht «Follow-up to the Climate and Energy Policy Framework 2030»

Klima- und Energiefragen sind langjährige, wiederkehrende Elemente auf der Agenda des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees. In seinem Beschluss hält das Komitee fest, dass obwohl die EWR/EFTA-Staaten nicht durch die Energie- und Klimapolitik der EU abgedeckt sind, einige der Gesetze des 2030 Rahmen-Regelwerks durchaus EWR-relevant sein könnten. Darum ist es umso wichtiger für die EU und die EWR/EFTA-Staaten, bei diesem zentralen Thema in engem Dialog, auch auf parlamentarischer Ebene, zu bleiben.

Die Resolution nimmt Bezug auf die Klima- und Energiepolitik 2030 des Europäischen Rates und begrüsst die Entscheidung der EU, die Treibhausgasemissionen um 40% zu senken und das Ziel, die erneuerbaren Energien auf 27% zu erhöhen. Ebenso begrüsst die Resolution die Zielvorgabe von 27% auf EU-Ebene für die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 zu erreichen. Weiter anerkennt der Beschluss das Europäische Emissionshandelssystem als Instrument für die Erreichung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und einer Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die Resolution unterstreicht die Wichtigkeit der weiteren Erforschung der CO₂-Abscheidung und –Speicherung, um Emissionen zu reduzieren und sie unterstützt die Förderung der Energiesicherheit in der EU. Auch der Abschluss des Energiebinnenmarktes für Gas und Strom wird als ein entscheidender Faktor für die Sicherheit der Energieversorgung betrachtet.

Die Resolution (Beilage) wurde einstimmig angenommen.

Zukünftige Arbeit des EEA JPC

Als nächste mögliche Themen für die Arbeit des Komitees wurden diskutiert: Jahresbericht 2014, regelmässige Berichterstattung über das TTIP, Funktionieren/Zukunft des EWR-Abkommens mit dem Lissabon Vertrag, Arktis, Nachfolgebericht über Klima und Energie.

Neuer Vorsitzender des EEA JPC bestellt

Abschliessend wurden die neuen Vorsitzenden für das Komitee bestellt. Für das Jahr 2015 wurde der Abg. Elfried Hasler als Vorsitzender und der EU-Abgeordnete Jorn Dohrmann als Vize-Vorsitzender bestellt.

Zusätzliche Treffen

Die Delegation nutzte die Gelegenheit vor Ort und traf sich mit dem Ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, Botschafter Daniel Ospelt, zu einem Informationsgespräch. Anschliessend liess sich die Delegation bei einem Rundgang durch den Europäischen Menschenegerichtshof dessen vielseitige Arbeit erläutern.

11. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr konnte die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag im Bereich der EWR/EFTA-Delegation weiter optimiert werden. So wurden jeweils vor den Sitzungen Informationen und Stellungnahmen von den zuständigen Stellen zu den traktandierten Themen eingeholt. Die Delegation stand in regelmässigem Kontakt zum Amt für Auswärtige Angelegenheiten, zur Stabsstelle EWR sowie zur Ständigen Vertretung in Genf. So fand zum Thema der Umsetzung von EU-Rechtsakten in nationales Recht ein Treffen mit der Stabsstelle EWR statt. Informationen aus erster Hand erhielt die Delegation vom Ständigen Vertreter in Genf bei einem seiner Besuche in Liechtenstein zum geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

12. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2014 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 43'983 (Vorjahr CHF 19'725). Die Taggelder machten im Jahr 2014 CHF 24'200 (Vorjahr CHF 13'000) aus. Die Differenz gegenüber den Vorjahreszahlen ergibt sich daraus, dass das JPC Meeting 2013 in Vaduz stattfand und im 2013 aufgrund der Landtagswahlen (Delegation noch nicht neu bestellt) nicht am Drittlandbesuch teilgenommen wurde.

13. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation nahm in Laufe des Jahres 2014 an insgesamt 15 Tagen an sechs Arbeitstreffen der drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees teil. Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen.

Im Berichtsjahr fanden Wahlen des Europaparlaments statt, was zu personellen Veränderungen in der EU-Delegation im gemeinsamen EWR- und EU-

Parlamentarierkomitee (JPC) führte. So wurde der langjährige irische Abgeordnete und Vorsitzende der EU-Seite, Pat the Cope Gallagher, nicht mehr ins EU-Parlament gewählt und an seine Stelle trat der dänische Abgeordnete Jorn Dohrmann. Auf Seiten der EWR- bzw. EFTA-Länder blieben die Delegationen dagegen unverändert. Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bilden eine interessante Plattform für den gegenseitigen Austausch in- und ausserhalb der offiziellen Traktanden sowie die Pflege der gegenseitigen Beziehungen. Der fortlaufende Dialog zwischen den Parlamentariern der EFTA-Staaten aber auch mit Parlamentariern aus Abkommensstaaten trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt Verhandlungen im Bereich des Freihandels. Die personelle Stabilität der Delegationen ist dabei eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau eines freundschaftlichen Vertrauensverhältnisses und einer konstruktiven Diskussionskultur.

Liechtenstein wird in den EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees aber auch innerhalb des EWR als geachteter und verlässlicher Partner wahrgenommen. In seinem Bericht vom 16. Dezember 2014 stellt der Europäische Rat Liechtenstein ein besonders positives Zeugnis aus, was die Implementierung des EWR-Aquis und die Zusammenarbeit anbelangt.

Nachdem Island sein im Jahr 2009 eingereichtes EU-Beitrittsgesuch im Mai 2013 auf Eis gelegt hat, beabsichtigt die isländische Regierung nun dem Parlament im Frühjahr 2015 einen Rückzug des Beitrittsgesuchs vorzulegen. Nachdem der EWR auch in Norwegen und Liechtenstein der bevorzugte Integrationsweg zur Teilnahme am gemeinsamen Binnenmarkt ist, bleibt der EWR auch 20 Jahre nach seiner Implementierung ein zukunftstauglicher Weg.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der schweizerischen, norwegischen und isländischen Delegation für die freundschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit. Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Delegationskollegen Harry Quaderer und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger, die mir dank ihrer langjährigen Erfahrung und grossen Unterstützung den Einstieg in die Delegation wesentlich erleichtert haben. Mein Dank gilt auch dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie den stellvertretenden Delegationsmitgliedern.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2014 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Januar 2015